

Peter Schwizgebel

Das Potsdamer Abkommen 1945 – zwischen Kooperation und Konfrontation

Konferenz vorbereiten; Traktandenliste erstellen (aus verschiedenen Perspektiven)

Thema:	Vorbereitung der Konferenz von Potsdam im August 1945; Nachkriegsregelungen für Deutschland erarbeiten
Zielsetzungen:	Kriegsziele der Alliierten (USA; Grossbritannien, UdSSR) Interessensgegensätze erkennen Strategien der Interessensdurchsetzung Bedeutung der Kriegskonferenzen (Teheran, Jalta, Potsdam) für die Nachkriegsordnung in Europa und für Ausbruch des kalten Krieges Gewichtverschiebung in der internationalen Politik
Vorbereitung:	Die Expansionspolitik der Nationalsozialisten; Verlauf des Zweiten Weltkrieges; Kriegsziele
Material:	Kriegszielformulierungen; Darstellungen zu den Kriegskonferenzen; Potsdamer Abkommen (Auszüge)
Organisation:	Aufteilung der Klasse in drei Gruppen (USA; GB; UdSSR), je nach Klassengrösse weitere Untergruppen bilden
Ablauf:	<ol style="list-style-type: none"> 1. Die Gruppen als Vertreterinnen der Aussenministerien der drei Mächte bereiten eine Traktandenliste (Prioritäten sollen zum Ausdruck gebracht werden) für die Potsdamer Konferenz vor; es geht primär um eine neue Nachkriegsordnung für Mitteleuropa Die Gruppen umreissen dabei auch die inhaltlichen Position der eigenen Administration und bedenken die Schwierigkeiten, die bei der Durchsetzung der eignen Interessen zu erwarten sind 2. Präsentation der Entwürfe Ausschuss (ohne Diskussion) 3. Die Delegationen bereiten eine Rückmeldung an ihre Regierungen vor (als Textkonzept oder als formulierter Text) 4. Beurteilung des Abkommens (in Auszügen) aus den 3 Perspektiven 5. Dokumentation über Potsdam zeigen (Erarbeitetes vertiefen und ergänzen) Siehe unter Fortsetzung
Auswertung und Diskussion	<ul style="list-style-type: none"> • Diskussion darüber, warum wohl die Kriegskoalition auseinanderbricht • Diskussion der Interessen und ihres Ideologiegehaltes • Diskussion der zu erwartenden Konsequenzen aus dem Abkommen • Diskussion der Gründe für den Ausbruch des kalten Krieges • Diskussion, inwiefern aus der Geschichte des Ersten Weltkrieges gelernt wurde
Hintergrundwissen:	Friedensregelungen nach dem 1. Weltkrieg (Siehe Vorbereitung)
Fortsetzung:	Abschluss: Die Delegationsmitglieder legen dar, wer seine Interessen in welchen Bereichen durchsetzen konnte (anhand eines Auszugs aus dem Abkommen) und welche Konsequenzen aus dem Abkommen zu erwarten sind (auch als schriftliche Arbeit möglich) Die Europapolitik im Inland vor aussenpolitischen Kommissionen erläutern

Varianten:	Positionspapiere zu einzelnen Sachfragen verfassen Im Ausschuss eine Traktandenliste aushandeln lassen Teile des Abkommens aushandeln lassen (z.B. Reparationsfrage; Polenfrage; Kompetenzen des Alliierten Kontrollrates) Als Journalist – beispielsweise aus der Schweiz – einen Bericht über das Abkommen verfassen
Verweis auf andere Spiele:	Beratergespräche führen; Parlamentsdebatte über die Frage der eigenen Interessenslage führen; Interviews mit historischen Personen; Positionen für Konferenzen verfassen; Presseberichtserstattung aus verschiedenen Perspektiven; Regierungsprogramme verfassen (z.B. Europapolitik); Tagebuch führen (zum Konferenzverlauf)
Weitere Anwendungen:	Siehe Spielwelt Geschichte unter Konferenz vorbereiten

Voraussetzungen für das Spiel

Das Spiel schliesst an die Behandlung der nationalsozialistischen Expansionspolitik an, der Verlauf des Zweiten Weltkrieges ist bekannt, auf die Kriegsziele und die verschiedenen Kriegskonferenzen wird in der ersten Arbeitsphase des Spiels noch einmal zurückgegriffen.

Genauer Ablauf des Spiels

Die Lehrperson erläutert den Gymnasiastinnen und Gymnasiasten die Zielsetzungen und den genauen Ablauf des Spieles: In Kleingruppen arbeiten sie eine Traktandenliste für das Potsdamer Abkommen aus, und zwar soll das Hauptgewicht auf die Deutschland und Mitteleuropa betreffenden Regelungen gelegt werden. Jede Gruppe wählt eine der drei vorgegebenen Perspektiven (USA, GB, UdSSR) aus und bereitet als Mitarbeiterin bzw. als Mitarbeiter des jeweiligen Aussenministeriums die Konferenz von Potsdam vor, erstellt also eine Traktandenliste, welche die inhaltlichen Anliegen des betreffenden Staates und deren Gewichtung zum Ausdruck bringt. Die Lehrperson weist darauf hin, welche Abklärungen in den Gruppen zu treffen sind. (Welche Themenkreise sind bereits geregelt? Welche bedrfen noch einer genaueren Klärung? Wo gibt es Verhandlungsspielraum? Haben sich in gewissen Bereichen die Voraussetzungen seit Jalta verändert? Welche Fragen sind noch offen? Welche Interessen sollen durchgesetzt werden? Wo gibt es mit wem übereinstimmende Interessen? Wo Interessensgegensätze? Usw.)

In einem zweiten Schritt treffen sich die Vertreter der drei Staaten in einem gemeinsamen Vorbereitungsausschuss und unterbreiten ihre Vorschläge. Die Gruppen präsentieren zunächst ihre Traktandenlisten und umreissen dabei die inhaltlichen Positionen ihrer Regierungen. Verständnisfragen von Seiten der anderen Delegation werden geklärt, ansonsten findet in dieser Phase des Spiels keine Diskussion statt.

Im Anschluss an diese Präsentation setzen sich in einem dritten Schritt die Vertreter der einzelnen Staaten in Kleingruppen zusammen – je nach Klassengrösse kann eine Perspektive mehrfach besetzt sein – und halten zuhanden ihrer Regierung fest, sie Sie die Chancen einschätzen, dass die eigenen Interessen in den verschiedenen Sachfragen durchgesetzt werden können. Je nach Zeitbudget kann von den Gruppen ein zusammenhängender Text oder bloss ein Textkonzept verlangt werden. Diese Arbeit dient dann als Grundlage für den nächsten Schritt, die Bearbeitung des „Potsdamer Abkommens“ in Auszügen.

In einem vierten Schritt geht es darum, das „Potsdamer Abkommen“ aus der Perspektive der gewählten Regierung zu analysieren und dabei zu klären, wer nun in welchen Bereichen seine Interessen durchsetzen bzw. nicht durchsetzen konnte und welche Konsequenzen sich aus diesem Abkommen für die Zukunft Deutschlands und Mitteleuropas ergeben könnten.

Zum Schluss wird der Bonusfilm „Potsdamer Konferenz“ aus der Chronos Classics-Reihe 05, „Berlin unter den Alliierten“ gezeigt. Diese Dokumentation gibt einen guten Überblick über den Verlauf der Konferenz und ermöglicht den Schülerinnen und Schülern, ihre Ergebnisse zu überprüfen und zu vertiefen.

In der Schlussequenz geht es darum, die im Spiel gewonnenen Einsichten zu reflektieren und in einen grösseren Zusammenhang einzuordnen (siehe S. 1 unter Auswertung und Diskussion).

Varianten und Ausbaumöglichkeiten

Es ist durchaus möglich, im Anschluss an die Präsentationen im Vorbereitungsausschuss die Aushandlung einer Traktandenliste und die Diskussionen über bzw. die Verhandlungen zu einzelnen Sachfragen in Kleingruppen ebenfalls ins Spiel zu integrieren. Damit könnte sichtbar und erfahrbar gemacht werden, welche Probleme sich ergeben, wenn es darum geht, in der direkten Konfrontation mit den politischen Widersachern entscheiden zu müssen, wo welche Kompromisse eingegangen werden können bzw. müssen.

Es wäre auch denkbar, die Verhandlungsdelegationen mit einem Mandat auszustatten, das den Verhandlungsspielraum in den verschiedenen Sachfragen definiert und die Delegationen je nach Verhandlungsverlauf dazu zwingen würde, Rücksprache mit der eigenen Regierung zu nehmen.

Bei einer solchen Erweiterung liessen sich auch Ereignisse wie der erfolgreiche Atombombentest der USA - Truman wurde ein Tag vor Konferenzbeginn über den erfolgreichen ersten Atombombentest informiert – ins Spiel integrieren. Die Verhandlungsdelegationen wären dann gezwungen, sich Rechenschaft darüber zu geben, ob sich beispielsweise die Verhandlungsführung der USA verändert, ob Truman kompromissloser auftritt im Wissen um die waffentechnologische Überlegenheit, aber auch, ob sich Stalins Taktik durch diese Nachricht verändern wird. Manfred Müller (siehe...) betont in diesem Zusammenhang, die US-Politiker seien über die ruhige Aufnahme der Mitteilung Trumans an Stalin über eine „gewaltige neue Waffe“ am 24. Juli 1945 irritiert gewesen. Stalin müsse Bescheid gewusst haben. Diese Vermutung würde nahelegen, dass die Räumlichkeiten der Westmächte allesamt verwandt gewesen sind, wie das Zeitzeugen im Bonusfilm „Die Potsdamer Konferenz“ behauptet haben.

Es wäre auch denkbar, die Schülerinnen und Schüler im Anschluss an die Analyse des „Potsdamer Abkommens“ aus der Perspektive eines Journalisten – zum Beispiel aus der Schweiz – über die Ergebnisse der Konferenz berichten zu lassen. Diese Variante würde eine umfassendere und breiter abgestützte Würdigung des Abkommens verlangen.

Ein solcher Auftrag könnte sich auch als Prüfungsauftrag eignen, weil er auf ein Gesamtverständnis der behandelten Problematik abzielt.

Beobachtungen bei der Durchführung

Das Spiel wurde auf der elften Jahrgangsstufe des Gymnasiums durchgeführt, und zwar mit einer Klasse, die bereits Erfahrungen im Umgang mit Simulationsspielen gesammelt hatte.

Deshalb ergibt sich jeweils ein gewisser „Wiedererkennungseffekt“, wenn die Lehrperson mit den Worten „Sie sind heute Mitglied eines Vorbereitungsausschusses...“ einsetzt und die Rahmenbedingungen der zu erledigenden Arbeit umreisst.

Die Sichtung und Analyse der Materialien (siehe Anhang) erfolgt in einer konzentrierten Atmosphäre, die Gymnasiastinnen und Gymnasiasten finden sich relativ rasch mit der gewählten Perspektive zurecht und denken sich in ihre Rolle hinein.

Es zeigt sich hingegen, dass die Sichtungsphase, bedingt durch die Materialmenge, relativ viel Zeit in Anspruch nimmt und ein gewisses Durchhaltevermögen erfordert.

Die Lehrperson tritt den Gruppen jeweils in der Rolle eines subalternen Beamten des Ausenministeriums gegenüber, der aber direkte Weisungen des Ausenministers weitergeben kann und somit immer in der Lage ist, beratend und allenfalls korrigierend einzugreifen, wenn die Arbeit ins Stocken gerät.

Es zeigt sich, dass die Gruppen gut dazu in der Lage sind, die Interessen ihrer Regierungen zu erkennen und zu formulieren, ab und zu bedarf es des Hinweises, dass die Gruppen sich genauer Rechenschaft über die konkrete Ausgestaltung einer Sachfrage geben müssen, z.B. bei der Forderung der UdSSR nach Reparationen, beim Anliegen der USA und Grossbritanniens nach Demokratisierung, bei der Durchsetzung von Interessenssphären seitens Grossbritanniens und der Sowjetunion usw.

Dabei ergibt sich teilweise die Schwierigkeit, dass die Gruppen in der Lage sein sollten, zu erfassen, wie sich die Positionen der verschiedenen Regierungen zu einzelnen Sachfragen im Verlaufe der Verhandlungen an den verschiedenen Kriegskonferenzen verändern und was das nun jeweils für die inhaltliche Positionierung im Vorfeld der Potsdamer Konferenz bedeuten könnte. Und das auf der Grundlage einer relativ schmalen Materialgrundlage.

Dieses Problem hat sich beispielsweise bei der Polenfrage ergeben. Die UdSSR war in Jalta gegenüber den Westmächten im Vorteil, da die sowjetischen Armeen ganz Osteuropa überrannt hatten. Deshalb mussten die Westmächte die Einsetzung des „Lubliner Komitees“ als Provisorische Regierung Polens akzeptieren und sich mit Stalins Versprechen begnügen, „möglichst bald freie und uneingeschränkte Wahlen auf der Grundlage des allgemeinen Wahlrechts und geheimer Abstimmung“ abzuhalten. (Fischer, S. 187) Zugleich wurde die Westverschiebung Polens, die bereits auf der Konferenz von Teheran ins Auge gefasst worden war, in Jalta bestätigt, wobei der genaue Grenzverlauf im Westen immer noch offen blieb, so dass darüber auf der Konferenz von Potsdam erneut beraten werden musste.

Als zweites Beispiel sei die Reparationsfrage erwähnt. Bei der Bearbeitung dieses Sachverhaltes ist bei unter anderem das Problem aufgetaucht, was die von der Sowjetunion in Jalta geforderten 20 Milliarden für Deutschland wirtschaftlich bedeutet hätten und wie das wirtschaftliche Potential, wie die industriellen Kapazitäten Deutschlands ausgesehen haben. Nach Expertenschätzungen betrug die industrielle Kapazität Deutschlands am Kriegsende gegenüber der Vorkriegszeit 140%. Ein UNO-Bericht stellte dazu fest: „Deutschland ging aus dem Krieg mit einer grösseren industriellen Kapazität hervor, als sie es vor dem Krieg auf gleichem Gebiet besessen hatte, und die Reparationen brachten keine wesentliche Änderung der Situation.“ (Müller, S. 54)

In dieser Phase des Spiels kann es auch vorkommen, dass die Lehrperson infolge der Komplexität der Materie nicht über alle notwendigen Informationen verfügt und sich zuerst selber über gewisse Sachverhalte informieren muss. Das stört aber in der Regel den Verlauf des Spiels nicht, sondern ist eben letztlich auch Teil der „Verhandlungswirklichkeit“.

Generell kann gesagt werden, dass die Gruppen sich mit ihrer Rollenperspektive identifiziert und die Interessen ihrer Staaten glaubwürdig vertreten haben, so dass sie am Schluss in der Lage waren, beispielsweise die Zusammenhänge zwischen der Reparationsfrage und der Festlegung der

polnischen Westgrenze zu erkennen. Um den Preis der vagen Reparationsregelung in Potsdam (Vgl. Jalta) erhielt die Sowjetunion die westliche Oder als neue polnische Grenze zugesichert. Sie stellten auch fest, dass der Passus, es handle sich um keine endgültige Lösung, nur ein „Scheinsieg“ der Westmächte gewesen war.

Den Schülerinnen und Schülern wird auch bewusst, dass im „Potsdamer Abkommen“ nicht geklärt wird, von welchem Demokratieverständnis die einzelnen Staaten ausgehen, und dass dieser Umstand in Verbindung mit dem Kontrollsystem (Politische Grundsätze, Artikel 1) in den Besatzungszonen dem Bemühen, Deutschland als wirtschaftliches Ganzes (Wirtschaftliche Grundsätze, Artikel 14) zu behandeln, zuwiderläuft und eine Teilung Deutschlands zur Folge haben könnte.

Didaktischer Kommentar

Die Schülerinnen und Schüler haben z.T. meinen Eindruck bestätigt, dass die Materie sehr komplex sei; erschwerend war ihrer Ansicht nach auch, dass viele Wissensselemente vorausgesetzt werden, die nicht mehr alle greifbar gewesen seien. Das hat die Einarbeitungsphase in die Thematik verlängert, weil neben der Erarbeitung des Quellenmaterials und der narrativen Texte auch die Kriegsgeschichte und der Verlauf der Verhandlungen an den Kriegskonferenzen rekapituliert werden musste. Dadurch hat sich der Beginn des eigentlichen „Spielerlebnisses“ hinausgezögert.

Dennoch waren die Schülerinnen und Schüler konzentriert und mit Engagement bei der Sache und bestätigten meinen Eindruck, dass es sich bei Simulationsspielen um eine nachhaltige Methode handelt, was übrigens durch die guten Probenergebnisse bestätigt wurde.

Zum Erwerb von Kompetenzen

Es liegt auf der Hand, dass dieses Spiel auf einer gründlichen Erarbeitung von Quellentexten und narrativen Texten aufbaut, die so ausgewählt sind, dass eine perspektivische „Re-Konstruktion“ eines historischen Ablaufes – die Gruppen erstellen eine Traktandenliste und schaffen damit eine für ihr Spiel bestimmende Wirklichkeit – ermöglicht wird.

Dieser Arbeitsschritt zwingt die Schülerinnen und Schüler dazu, ihre narrativen Texte (die Traktandenlisten, die Berichte an die jeweiligen Regierungen) immer wieder zu überprüfen, mit dem Quellenmaterial und den narrativen Texten aus Schulbüchern und Fachliteratur zu vergleichen.

Dies fördert zum einen ihre Analysefähigkeit und führt sie andererseits dazu, ihre Produkte auf ihre Triftigkeit hin zu untersuchen. Gleichzeitig schafft die Herstellung von Texten die Voraussetzungen zur „De-konstruktion“, weil ihnen der Unterschied zwischen Quellen und narrativen Texten und deren perspektivische Gebundenheit, bedingt durch den Entstehenszusammenhang, bewusst gemacht werden kann.

„Zur Synthese von Vergangenheitspartikeln“ werden sie in der Schlussphase des Spiels geführt, wenn es darum geht, am „Potsdamer Abkommen“ zu überprüfen, inwieweit die Interessen der jeweiligen Staaten durchgesetzt werden konnten und inwiefern das Bild, das sie sich vom Ablauf der Verhandlungen gemacht hatten, plausibel bzw. „triftig“ ist. Dieser Prozess verdeutlicht ihnen die Grundproblematik der Narration von Texten.

Diese Spielanlage schärft zudem das Bewusstsein für die Verbindung von Geschichte und Gegenwart, indem sie von den Schülerinnen verlangt, mit ihrem Gegenwartswissen und einer Aufgabenstellung aus dem Jetzt einen Sachverhalt aus der Vergangenheit zu erarbeiten, und zwar zuhänden eines Ausschusses, den es so gar nicht gegeben hat. In der Reflexionsphase des Spiels

gilt es aufzudecken und zu besprechen, was die Verschränkung der Geschichte mit der Gegenwart der Spielenden bedeutet. Sicherlich trägt das Spiel dazu bei, das Bewusstsein für die Partialität der Überlieferung zu fördern.

Materialien

Quellenmaterial aus Fragen an die Geschichte, Band 4: T21 S. 90-91; T12 S. 107, Q19a,b S. 108; T3 S. 182; K3 S. 163; Q57 S. 164; Q2 S. 178, Q3 S. 179

Potsdamer Abkommen: Q4 S. 179f.; B5 S. 180; K1a; K1b S. 181

T 21 Der Verlauf des Krieges

Gleichzeitig mit dem deutschen Angriff auf Polen rückten sowjetische Truppen in Ostpolen ein. Im September 1939 schlossen Deutschland und die Sowjetunion einen Grenz- und Freundschaftsvertrag. Im April 1940 besetzten deutsche Truppen Dänemark und Norwegen um den Engländern zuvorzukommen. Im Mai/Juni 1940 wurden die neutralen Länder Belgien, Niederlande und Luxemburg überrannt und Frankreich zur Kapitulation gezwungen ("Blitzkrieg"). Die Sowjetunion annektierte Estland, Lettland, Litauen, Bessarabien und die Nordbukowina. Italien trat an der Seite Deutschlands in den Krieg ein; Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und Kroatien erklärten ihren Beitritt zum faschistischen Bündnissystem. Im "Dreimächte-pakt" anerkannte Japan im September 1940 "die Ordnung Europas", während umgekehrt "die Führung Japans bei der Schaffung einer neuen Ordnung im großasiatischen Raum" respektiert wurde. Deutschland, Italien und Japan verpflichteten sich zu gegenseitigem Beistand, wenn einer von ihnen von einer Macht angegriffen würde, die noch nicht in den Konflikt verwickelt war. Die für das zweite Halbjahr 1940 geplante Landung deutscher Truppen in England wurde aufgegeben, die "Luftschlacht um England" ging verloren und brachte der deutschen Luftwaffe große Verluste. Nach dem Winterkrieg 1939/40 gegen die Rote Armee musste Finnland die Karelische Landenge und Teile Ostkareliens abtreten. Im deutschen Balkanfeldzug 1941 wurden Jugoslawien und Griechenland besiegt. Ein deutsches Expeditionskorps traf in Nordafrika ein. Am 22. Juni 1941 begann der deutsche Angriff auf die Sowjetunion.

Unter Verletzung des Kriegsvölkerrechts wurde der Russlandfeldzug als Eroberungs-, Versklavungs- und Vernichtungskrieg geführt. Von insgesamt 5,7 Mio. sowjetischen Kriegsgefangenen starben ca. 3,3 Mio. in deutscher Gefangenschaft an Unterernährung, Kälte und Seuchen. (Von insgesamt 3,2 Mio. deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischer Gefangenschaft kamen ca. 1,2 Mio. ums Leben.) Neben dem organisierten Massenmord an Juden, Kommunisten und Kriegsgefangenen gab Stalins Aufruf zum Partisanenkrieg vom 3. Juli 1941 weiteren Anlass für die brutale Erschießung vieler Zivilisten in den Partisanengebieten.

Im November 1941 kam der deutsche Vormarsch vor Moskau zum Stehen. Im Winter erlitt das deutsche Heer hohe Verluste. Im Frühjahr und Sommer 1942 stieß die

deutsche Wehrmacht an die Wolga und zum Kaukasus vor um die Ölquellen zu besetzen. Die offensive des deutschen Expeditionskorps in Nordafrika kam im August 1942 wegen Nachschub- und Versorgungsschwierigkeiten (Treibstoffmangel) bei El Alamein zum Erliegen. In Stalingrad wurde die deutsche 6. Armee, fast 300 000 Soldaten, eingeschlossen und geriet in Gefangenschaft. Seit 1941 unterstützten die USA England, dann auch die Sowjetunion mit kriegswichtigen Gütern (Pacht- und Leihgesetz). Nach dem japanischen Überfall auf die amerikanische Flotte in Pearl Harbor (Hawaii, 7. Dezember 1941) erklärten Deutschland und Italien an die USA den Krieg. Im November 1942 landeten alliierte Truppen in Nordafrika. Auf der Konferenz in Casablanca (Marokko) im Januar 1943 beschlossen die USA und England bis zur "bedingungslosen Kapitulation" des Feindes zu kämpfen. Deutschland antwortete mit dem Aufruf zum "totalen Krieg". Nach der Kapitulation des deutsch-italienischen Afrikakorps und der Landung alliierter Truppen auf Sizilien (Juli 1943) schloss Italien mit den Westmächten einen Waffenstillstand. Während seit 1943 die Rote Armee unaufhaltsam nach Westen vordrang, landeten alliierte Truppen im Juni 1944 an der Kanalküste in Nordfrankreich. 1943 erreichte der Luftkrieg gegen deutsche Städte einen ersten Höhepunkt (Dresden, Februar 1945). Nach Italien schlossen sich Bulgarien, Rumänien, Finnland und Ungarn dem Krieg der Alliierten gegen Deutschland an. Im Februar 1945 wurden die Gespräche von Teheran (Nov./Dez. 1943) zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin in Jalta auf der Krim fortgesetzt. Am 2. Mai 1945 kapitulierte die deutsche Wehrmacht in Italien, danach in Dänemark, Norwegen, den Niederlanden und Nordwestdeutschland. Am 7./8. Mai unterschrieben deutsche Generäle in Reims (Frankreich) und Berlin-Karlshorst die bedingungslose Kapitulation. Hitler endete am 30. April 1945 im Bunker der Reichskanzlei in Berlin durch Selbstmord, die Regierung seines Nachfolgers Dönitz wurde am 23. Mai aufgelöst, ihre Mitglieder wurden verhaftet. Nach dem Abwurf amerikanischer Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki am 6./9. August 1945 kapitulierte auch Japan am 2. September 1945 bedingungslos. Der Zweite Weltkrieg kostete fast 55 Mio. Menschen das Leben.

T 12 Kriegskonferenzen der "Großen Drei"

	Militärische Lage	Militärische Ziele	Politische Ziele
Teheran 28.11.– 1.12.1943 (Stalin, Roosevelt, Churchill)	Europa bis zum Dnjepr von Deutschen besetzt. Ostfront: erste russ. Erfolge. Italien: Kämpfe nördl. Neapel. Pazifik: Anfangsphase der US-Gegenoffensive	Da SU Hauptlast des Krieges trägt: Forderung nach zweiter Front im Westen (Normandie). Abstimmung der Angriffstermine	Grundsätzliche Übereinkunft: "Westverschiebung" Polens, Aufteilung Deutschlands in mehrere Staaten, Gründung der UNO als "Weltfamilie demokratischer Nationen"
Jalta 4.–11.2.1945 (Stalin, Roosevelt, Churchill)	Ostfront: Russen in Ostpreußen, Oberschlesien. Westfront an Westgrenze Deutschlands. Pazifik: Kampf um Philippinen	Dt. Kapitulation absehbar. USA: SU soll in Krieg gegen Japan eintreten; dafür Ansprüche in Mongolei, Mandschurei Sachalin zugestanden	Beschlüsse: "Westverschiebung" Polens, Besatzungszonen in Deutschland, Stimmrecht (Veto) in der UNO, Reparationen für SU. Zerstückelungsplan für Deutschland aufgehoben.

Potsdam 17.7.– 2.8.1945 (Stalin, Truman, Attlee)	Deutschland hat kapituliert. Sowjetisch besetzte Zone von Oder-Neiße bis Eibe, einschl. Thüringen, Sachsen. Pazifik: Invasionsvorbereitung en gegen japan. Hauptinseln	SU-Hilfe gegen Japan. 6.8.: Atombombe. 8.8.: SU-Kriegserklärung an Japan	Bestätigung der von SU geschaffenen sowjetischen und polnischen Verwaltungsgrenzen; übriges Deutschland als politische und wirtschaftliche Einheit unter Alliiertem Kontrollrat (Entmilitarisierung, Entnazifizierung, Demokratisierung, Reparationen)
---	--	---	--

Q19 a) Roosevelt über die vier Freiheiten, 6. Januar 1941

Die Welt der Zukunft, die wir sichern wollen, gründet sich auf vier wesentliche menschliche Freiheiten.

Die erste ist die Freiheit der Rede und Meinungsäußerung - überall in der Welt.

Die zweite ist die Freiheit jedes Einzelnen, Gott auf seine eigene Weise zu verehren - überall in der Welt.

Die dritte ist die Freiheit von Not - dies bedeutet praktisch wirtschaftliche Vereinbarungen, die den Bewohnern jedes Landes ein gesundes, friedliches Leben sichern - überall in der Welt.

Die vierte ist die Freiheit von Furcht - dies bedeutet praktisch eine weltweite Abrüstung, so weit und derart, dass kein Land in der Lage ist, gegen einen Nachbarn einen Akt physischer Aggression zu begehen - irgendwo in der Welt. (24)

Q19 b) Roosevelt und Churchill in der Atlantik-Charta, 14. August 1941

1. Ihre Länder erstreben keine territoriale oder sonstige Erweiterung.
2. Sie wenden sich gegen territoriale Veränderungen, die nicht den frei geäußerten Wünschen der betroffenen Völker entsprechen.
3. Sie respektieren das Recht aller Völker, die Regierungsform zu wählen, unter der sie leben wollen...
4. Sie werden sich darum bemühen... dass alle Staaten, groß oder klein, Sieger oder Besiegte, den gleichen Zugang zu den Märkten und Rohstoffen der Welt genießen, die für ihr wirtschaftliches Gedeihen nötig sind.

Als weitere Ziele sind genannt: 5. internationale wirtschaftliche Zusammenarbeit, 6. Freiheit von Furcht und Not, 7. Freiheit der Meere, 8. internationale Abrüstung.

T 3 Deutschland - ein Weideland?

a) Der Plan des amerikanischen Finanzministers Morgenthau, 1944

Die Regierungschefs der USA und Großbritanniens einigten sich 1944 auf den Plan des amerikanischen Politikers Morgenthau: Nord-Süd-Teilung Deutschlands etwa an der Mainlinie, Abtretung Nord-Ostpreußens an die Sowjetunion, der übrigen Ostgebiete an Polen, der Pfalz (einschließlich des Saarlandes) an Frankreich, des Ruhrgebiets an eine internationale Verwaltung, Die Industrie sollte vollständig zerstört, die Ruhrindustrie für immer demontiert werden. Noch 1944 zogen beide Regierungschefs ihre Unterschriften zurück.

b) Der Industrieplan des Kontrollrats, 26. März 1946

Rüstungsindustrie beseitigen, chemische und Stahlindustrie beschränken. Kraftfahrzeugproduktion: pro Jahr 40 000 Pkw und 40 000 Lkw (1950 wurden in der Bundesrepublik Deutschland 219 000 Pkw, 1994 4,1 Mio. Pkw und 264 000 Lkw hergestellt).



K 3 Ostmitteleuropa 1939–1952

Gebietserwerbungen der Sowjetunion: Allein in Europa wurde ein Territorium von 472 000 qkm mit 23,8 Mio. Menschen direkt der Sowjetunion einverleibt.

Einflussbereich der Sowjetunion: Damit gerieten (ohne Jugoslawien, s. T 35) 1 017 330 qkm (Fläche Deutschlands und Frankreichs zusammen: 900 987 qkm) mit einer Bevölkerung von nahezu 93 Mio. in die Einflussphäre Moskaus.

Zu Aufbau, Zielen, Leistungen und Problemen des **Warschauer Paktes** und des **Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe** s. S. 264 f.

Q57 Stalin in einem Gespräch über die Zielsetzung der sowjetischen Außenpolitik, Frühjahr 1945

Dieser Krieg ist nicht wie in der Vergangenheit; wer immer ein Gebiet besetzt, erlegt ihm auch sein eigenes gesellschaftliches System auf. Jeder führt sein eigenes System ein, so weit seine Armee vordringen kann. Es kann gar nicht anders sein.

Q 2 Aufruf an die sowjetische Luftwaffe zu Beginn der Offensive gegen Ostpreußen, 1944

Die Rote Armee ist zur Offensive angetreten, um ... der deutschen Bestie den Todesstoß in ihrer Höhle zu versetzen ... Mit glühendem Hass im Herzen betreten wir das Land des verhassten Feindes. Wir kommen als Richter und Rächer. Der Feind muss ohne Gnade vernichtet werden ..., das befiehlt die Heimat. - Die Führung.

Q 3 Feldmarschall Montgomery an die deutsche Bevölkerung der britischen Zone, 10. Juni 1945

Ihr habt euch oft gewundert, warum unsere Soldaten ... nicht mit euren Kindern spielen. [Sie] handeln gemäß ihren Befehlen ... Als eure Führer [zum zweiten Mal einen] Krieg mutwillig auslösten, habt ihr ihnen Beifall gezollt ... Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, dass ihr eure Lektion lernen sollt ... Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt ihr frohlockt, gefeiert und gelacht ... Ihr sollt dies euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind.

Q 4 Aus der "Mitteilung über die Berliner Konferenz der Drei Mächte" (Potsdamer "Abkommen"), 2. August 1945

III. Über Deutschland

Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet und die Alliierten treffen ... auch andere Maßnahmen, die notwendig sind, damit Deutschland niemals mehr seine Nachbarn oder [den Weltfrieden] bedrohen kann

A. Politische Grundsätze

1. [Errichtung des Kontrollrates; jeder Oberbefehlshaber regiert seine Zone nach den Weisungen seiner Regierung.]
2. Die Behandlung der deutschen Bevölkerung in ganz Deutschland [soll] gleich sein ...
6. Alle [aktiv tätigen] Mitglieder der nazistischen Partei ... und alle anderen Personen, die den alliierten Zielen feindlich gegenüberstehen, sind aus den öffentlichen ... Ämtern und ... verantwortlichen Posten in wichtigen Privatunternehmungen zu entfernen ...
7. Das Erziehungswesen in Deutschland muss so überwacht werden, dass die ... Entwicklung der demokratischen Ideen möglich gemacht wird.
8. Das Gerichtswesen wird entsprechend den Grundsätzen der Demokratie ... reorganisiert ...
9. Dezentralisierung der politischen Struktur und ... Entwicklung einer örtlichen Selbstverwaltung ...
11. In ganz Deutschland sind alle demokratischen Parteien zu erlauben

IV. Bis auf weiteres wird keine zentrale deutsche Regierung errichtet ... Jedoch werden ... zentrale deutsche Verwaltungsabteilungen ... unter der Leitung des Kontrollrates tätig sein ...

B. Wirtschaftliche Grundsätze

11. Vernichtung des deutschen Kriegsmaterials ...
12. Vernichtung der ... übermäßigen Konzentration der Wirtschaftskraft ..., insbesondere Kartelle ... und andere Monopolvereinigungen.
13. Die Hauptaufmerksamkeit [ist] auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der Friedensindustrie für den inneren Bedarf ... zu richten.
14. Während der Besatzungszeit ist Deutschland als ein wirtschaftliches Ganzes zu betrachten ...
19. Nach Erfüllung der Wiedergutmachungsleistungen müssen dem deutschen Volk ausreichend Hilfsquellen überlassen bleiben, damit es ohne Unterstützung von außen existieren kann ...

Reparationen aus Deutschland

[Jede Besatzungsmacht entnimmt ihre Reparationen aus ihrer Zone. Die Sowjetunion erhält zusätzlich] aus den westlichen Zonen [bestimmte Güter.]

IX: Polen:

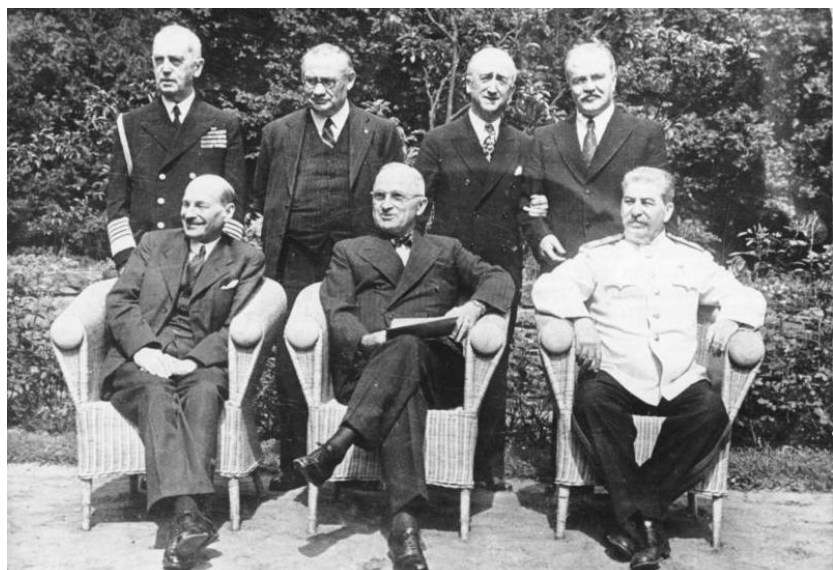
Die endgültige Festlegung der Westgrenze Polens [soll] bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden ... Bis [dahin sollen] die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee ... die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße ... zur tschechoslowakischen Grenze verläuft, einschließlich des Teiles Ostpreußens, der nicht unter die Verwaltung der [UdSSR] ... gestellt wird, und einschließlich des Gebietes der früheren Freien Stadt Danzig unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und ... nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden ... [Das Gebiet von Königsberg wird an die Sowjetunion übergeben.]

XII. Ordnungsgemäße Überführung deutscher Bevölkerungsteile:

Die Überführung der deutschen Bevölkerung ..., die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben [ist], nach Deutschland ... muss ... in ordnungsgemäßer und humaner Weise [erfolgen] ...

Die Grossen Drei an der Potsdamer Konferenz 1945

Attlee (Grossbritannien), Truman (USA), Stalin (Sowjetunion), stehend dahinter: William D. Leahy, Ernest Bevin, James F. Byrnes, Wjatscheslaw Michailowitsch Molotow] [wikimedia commons](#)





K 1a Deutsche Besatzungszonen, ehemalige deutsche Ostgebiete, Polen und westliche Gebiete der Sowjetunion 1945 (s. Q 4)



K 1b Ländergründungen in den Besatzungszonen Deutschlands (s. Q 4, 113, 114)

1952 traten in der DDR an die Stelle der historischen Länder (Brandenburg, Mecklenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen) 15 Verwaltungsbezirke: Rostock, Schwerin, Neubrandenburg, Magdeburg, Potsdam, Frankfurt/Oder, Halle, Leipzig, Cottbus, Erfurt, Suhl, Gera, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz), Dresden, Berlin (Ost).

Rechtslage: Aus dem Warschauer Vertrag vom 7. Dezember 1970: Beide Staaten „stellen ... fest, dass die bestehende Grenzlinie ... die westliche Staatsgrenze der Volksrepublik Polen bildet ... Sie bekräftigen die Unverletzlichkeit.“ Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag 1973 und zum Warschauer Vertrag 1975 stellen fest, dass die Ostverträge eine friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland, einschließlich der Ostgebiete, nicht vorwegnehmen (s. Potsdamer Abkommen IX) und dass der Grundlagenvertrag 1972 keine völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die Bundesregierung bedeute.

Weitere Materialien aus: Geschichtsbuch 4. Die menschen und ihre Geschichte, Berlin 1996, S. 144-146

Die unterschiedlichen Ziele der Alliierten

Die USA, Großbritannien und die Sowjetunion hatten im Zweiten Weltkrieg ein Bündnis geschlossen, um Nationalsozialismus und Faschismus in der Welt zu vernichten. Sollte der gemeinsame Kampf aber mehr als ein militärischer Sieg sein, sollte zukünftig ein solcher Rückfall in die Barbarei ausgeschlossen werden, dann mussten die Alliierten eine dauerhafte Friedensordnung schaffen, die die Fehler des Versailler Friedens nach dem Ersten Weltkrieg vermied. Hierüber waren sich alle einig. Die Gestaltung einer solchen Friedensordnung hing jedoch davon ab, wie weit die jeweiligen Mächte ihre spezifischen Interessen in eine solche Friedensordnung einbringen konnten.

Die USA und die „Eine Welt“

Die Amerikaner verfolgten vor allem zwei Ziele: Aus sicherheitspolitischen Gründen wollten sie den gesamten amerikanischen Kontinent und die beiden angrenzenden Ozeane kontrollieren; aus ökonomischen Gründen wollten sie einen offenen, Freihändlerischen Weltmarkt, weil sie im internationalen Handel den besten Garanten für Wohlstand und damit für den Weltfrieden sahen. Großbritannien und Frankreich sollten die Lage im kriegsverwüsteten Europa stabilisieren. Die Sowjetunion sollte in den Kreis der Weltmächte eingebunden werden, aber keinen Einfluss auf Westeuropa, im Mittelmeer und im Pazifik sowie in China gewinnen. Um einen freien Weltmarkt zu schaffen galt es für die USA Europa wiederaufzubauen und die Auflösung der alten europäischen Kolonialreiche anzustreben.

Aus dieser amerikanischen Interessenlage heraus entstand das Friedenskonzept des Präsidenten Franklin D. Roosevelt von der „Einen Welt“, in der „vier Freiheiten“ gelten sollten: die Freiheit der Rede und Meinung, die Freiheit des Glaubens, die Freiheit von Not und die Freiheit von Furcht. Die Völker sollten ihre politischen Beziehungen nach dem Prinzip des Selbstbestimmungsrechts regeln. Eine Politik der „offenen Tür“ sollte Wohlstand durch den freien Weltmarkt sichern. Roosevelt war davon überzeugt, dass man von der alten Politik der Großmächte, Interessensphären auszuhandeln, Abschied nehmen müsse.

Großbritannien und die Interessensphären

Die Briten hatten nur teilweise dieselben Interessen. Im Gegensatz zu Roosevelt glaubte Winston Churchill, dass eine realistische Friedensordnung nicht ohne Abgrenzung von Interessensphären auskomme. In Europa müsste die westliche von der sowjetischen Interessensphäre klar abgegrenzt werden, um den sowjetischen Einfluss von Westeuropa fern-zuhalten. Aus diesem Grund stimmten die Briten auch dem Wiederaufbau Europas zu, aber mit voller Einbeziehung Deutschlands, was in den amerikanischen Zielvorstellungen umstritten war. Zur Sicherung der britischen Interessen gelte es gleichzeitig das britische Kolonialreich zumindest teil-weise aufrechtzuerhalten. Eine direkte Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion wollten die Briten verhindern, weil sie fürchteten dabei ihren eigenen politischen Handlungsspielraum zu verlieren.

Die Sowjetunion und die Reparationen

Die sowjetische Politik war vor allem am Wiederaufbau ihres Landes und an der Sicherung ihrer Westgrenze interessiert. Zunächst mussten die gewaltigen Kriegsschäden beseitigt werden. Die notwendigen Mittel dafür sollten durch Reparationen der besiegten Staaten, vor allem Deutschlands, und durch Kredite aus den USA beschafft werden. Für die Sicherheit der sowjetischen Westgrenze schien Josef Stalin ein Gürtel von benachbarten Staaten notwendig, in denen er über starke kommunistische Parteien die Politik beeinflussen konnte. Ihm war klar, dass die USA als wirtschaftlich stärkste Kraft aus dem Krieg hervorgehen würden. Um daraus keine Bedrohung für das eigene, wirtschaftlich geschwächte Land werden zu lassen wollte die Sowjetunion vor allem den direkten amerikanischen Einfluss in Europa möglichst begrenzen.

Die Suche nach Kompromissen – Alliierte Kriegskonferenzen

Noch während des Krieges zeigte sich auf einer Reihe von Konferenzen, dass es schwierig sein würde, die unterschiedlichen Interessen der Alliierten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. In der Atlantik-Charta hatten Roosevelt und Churchill 1941 die angestrebte Ordnung umrissen:

Selbstbestimmungsrecht*, Freiheit des Handels und der Meere, Gewaltverzicht und ein allgemeines Sicherheitssystem zur Wahrung des Weltfriedens. Alle Kriegsgegner Deutschlands und Japans schlossen sich der Charta an. Aber die Aufteilung der Welt in Interessensphären und der von der Sowjetunion angestrebte Sicherheitsgürtel konnten kaum mit dem Selbstbestimmungsrecht in Einklang gebracht werden. Daher akzeptierte die Sowjetunion diese Bestimmung der Charta nicht für die Gebiete, die sie 1939 durch den Nichtangriffspakt mit Hitler gewonnen hatte. Großbritannien sah im Selbstbestimmungsrecht und im Prinzip des Freihandels eine Gefährdung seines Kolonialreiches. Angesichts dieser Interessenkonflikte rückten die Amerikaner immer weiter von ihrer Forderung nach Selbstbestimmung ab.

Auch bei der amerikanischen Idee von der „Einigen Welt“ und der Schaffung eines allgemeinen Sicherheitssystems gab es einen zentralen Gegensatz. Bei den Verhandlungen über den Aufbau der Organisation der Vereinten Nationen (United Nations Organization / UNO) wurde nämlich deutlich: Die Sowjetunion war nicht bereit ihren politischen Handlungsspielraum durch Mehrheitsbeschlüsse dieser neu zu schaffenden Weltorganisation einengen zu lassen und forderte deshalb ein Vetorecht. Die Idee einer „Weltregierung“ zur Wahrung des Friedens war damit schon vor der Gründung der UNO in Frage gestellt.

Die Konferenz von Jalta

Einen großen Versuch, sich noch vor Kriegsende auf eine neue Friedensordnung zu einigen, unternahm Churchill, Roosevelt und Stalin Anfang 1945 in Jalta auf der Halbinsel Krim. In wichtigen Fragen fanden sie eine Lösung. So einigten sie sich über den Aufbau der UNO, indem das umstrittene Vetorecht für die sogenannten Großmächte beschlossen wurde. Festgelegt wurde hier auch, dass Deutschland nicht vollständig aufgeteilt, sondern in alliierte Besatzungszonen aufgegliedert werden sollte, wobei Frankreich auf Drängen Großbritanniens als vierte Besatzungsmacht eine eigene Zone zugesprochen bekam. Gemeinsam wollten die vier Mächte eine Kontrollbehörde in Berlin errichten, die über die Entmilitarisierung und Entnazifizierung* wachen sollte (siehe S. 212).

Sehr wichtige Probleme wurden in Jalta jedoch nicht gelöst und blieben für eine gegensätzliche Interpretation offen. Vor allem in der Frage der Grenzen Polens war das der Fall: Der Verlauf der neuen Grenzen wurde nicht festgelegt. Die Umsiedlung der deutschen Bevölkerung wurde zwar von Churchill und Roosevelt akzeptiert, aber über genauere Regelungen sollte noch verhandelt werden. Außerdem konnten weder die USA und Großbritannien das Recht auf Selbstbestimmung in dieser Frage durchsetzen, noch Stalin die Anerkennung einer Anbindung Polens an die Sowjetunion erreichen. Offen blieb auch die Abgrenzung der Interessensphären auf dem Balkan, bei den Dardanellen, im Iran und im Fernen Osten. Völlig unberücksichtigt blieb, was mit den Kolonialgebieten zukünftig geschehen sollte. Die Fülle der ungelösten Probleme ließ befürchten, dass diese schließlich nach Kriegsende nicht mehr nach gemeinsamen Friedensvorstellungen, sondern nach der jeweiligen Machtlage entschieden würden.

Die Gründung der Vereinten Nationen

Nach Jalta war der Weg frei die neue Weltorganisation zu schaffen. Im Juni 1945 unterzeichneten 50 Staaten die „Charta der Vereinten Nationen“; damit war die UNO gegründet. Anders als im Pariser Friedensvertragswerk von 1919, in dem die Völkerbundsatzung und die konkreten Friedensbedingungen einen Gesamtkomplex gebildet hatten, wurden jetzt UNO-Charta und noch auszuhandelnde friedensvertragliche Regelungen voneinander getrennt. Damit sollte verhindert werden, dass die UNO bei den Besiegten in den Verdacht geraten könnte, lediglich ein Instrument der Sieger zu sein. Aber die Interessengegensätze der Großmächte belasteten die Handlungsfähigkeit der UNO von Beginn an.

14. Aug. 1941 Atlantik-Charta:

Churchill und Roosevelt legen gemeinsame Kriegsziele fest.

14. – 26. Jan. 1943 Konferenz von Casablanca:

Roosevelt und Churchill verkünden die Forderung nach bedingungsloser Kapitulation der Achsenmächte.

22. – 26. Nov. 1943 Konferenz von Kairo:

Großbritannien, USA und China legen Ziele der Nachkriegsordnung in Ostasien und im Pazifik fest.

28. Nov. - 1. Dez. 1943 Konferenz in Teheran:

Roosevelt, Churchill und Stalin einigen sich allgemein auf eine Westverschiebung Polens und eine Teilung Deutschlands, allerdings ohne genaue Grenzfestlegungen.

1.– 22. Juli 1944 Konferenz von Bretton Woods:

44 Staaten beschließen die Gründung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank als Grundlage zur Errichtung eines Weltwährungssystems in der Nachkriegszeit.

21. Aug. – 7. Okt. 1944 Konferenz von Dumbarton Oaks:

Vertreter der USA, Großbritanniens, der Sowjetunion und Chinas empfehlen Auflösung des „Völkerbundes“ und Gründung der „Vereinten Nationen“, für die ein Satzungsentwurf beschlossen wird.

9. – 18. Okt. 1944 Konferenz von Moskau:

Stalin und Churchill verständigen sich über britische und sowjetische „Einflussgebiete“ in Südosteuropa.

4. – 11. Feb. 1945 Konferenz von Jalta:

Roosevelt, Churchill und Stalin legen die Ziele der alliierten Nachkriegspolitik in Europa und dem Vorderen Orient fest.

17. Juli – 2. Aug. 1945 Potsdamer Konferenz:

Churchill, Stalin und Truman beraten über gemeinsame Maßnahmen zur Behandlung Deutschlands und zur Schaffung einer neuen Friedensordnung. Die Ergebnisse werden in dem sogenannten „Potsdamer Protokoll“ festgehalten, das bis zu einer friedensvertraglichen Regelung Gültigkeit hat.

Grossbritannien

Die größte Bedrohung des Gleichgewichts kam - nach britischer Meinung - von der Möglichkeit eines kommunistisch beeinflussten bzw. dominierten Deutschlands. Um dieser Bedrohung zu begegnen, brauchte Großbritannien die politische, militärische und vor allem finanzielle Unterstützung der Amerikaner, für die andere internationale politische Ziele wichtig waren und die ja ihre eigenen Gründe hatten, ihre Armeen aus Europa abzuziehen.

In der Zeit zwischen der Jalta-Konferenz und der Potsdamer Konferenz wuchs bei Churchill dieses Mißtrauen. Er versuchte mehrmals, die Amerikaner davon zu überzeugen, daß die sowjetische Politik mit tiefster Besorgnis zu betrachten sei. Nach Roosevelts Tod intensivierte er diese Anstrengungen in der Hoffnung, den außenpolitisch noch unerfahrenen Truman für seine Sicht zu gewinnen. Schon am 12. Mai 1945 benutzte er in einem Telegramm an Truman den Ausdruck, der im folgenden Jahr in seiner Fulton-Rede weltberühmt werden sollte:

"Vor der Front der sowjetischen Truppen ist ein eiserner Vorhang niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht".

Mit diesem Mißtrauen verbunden ging das Ziel, die traditionelle Rolle als Weltmacht auch in der Zukunft weiter spielen zu können. Um dieses zu erreichen, wünschte Großbritannien die Fortsetzung der Kriegscoalition in der Nachkriegszeit, denn "Wenn nicht mehr zu dritt oder zu viert debattiert und entschieden wurde, wenn die Allianz vollends zerfiel, wenn die Polarisierung Großbritanniens ans westliche Lager fesselte, dann verlor die britische Stimme zwangsläufig an Gewicht, schrumpfte der Handlungsspielraum gegenüber den stärkeren amerikanischen Freunden, geriet Großbritannien unweigerlich in Gefahr, zum abhängigen Juniorpartner der westlichen Führungsmacht USA abzusinken.

Unter diesem Gesichtspunkt entwickelte die britische Regierung eine sogenannte "duale Politik" [dual policy], wobei die Außenministerkonferenzen eine zentrale Rolle spielen sollten. Diese Konferenzen dienten dem Ziel, ein Forum für alliierte Verhandlungen über einen Friedensvertrag zu gestalten; für die Öffentlichkeit wurde auf diese Weise der Eindruck der fortbestehenden alliierten Zusammenarbeit gewährleistet. Die Historikerin Anne Deighton ist aber der Meinung, daß für Großbritannien das Hauptziel darin bestand, mittels einer wirksamen westlichen Allianz eine Containment-Politik gegenüber der sowjetischen Machtpolitik zu betreiben.¹ Von dieser Perspektive aus müßte die Wiederherstellung der deutschen Einheit einen sekundären Platz einnehmen. Die britische Deutschlandpolitik zielte in der unmittelbaren Nachkriegszeit vorrangig darauf, "drakonische" (so Troutbeck im Juli 1945 wirtschaftliche Maßnahmen zu treffen, eine gesunde demokratische Basis zu schaffen und eine effektive Entnazifizierungspolitik durchzuführen... Aus: Heiner Timmermann: Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997 S. 36-37.

Die USA

Der Grundantrag der im Vorfeld von Potsdam erarbeiteten Briefing Book Papiere bestand darin, der Präsident sollte bei den Verhandlungen dafür eintreten, - die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion im wesentlichen weiterzuführen. Im Ergebnis kontroverser innerer Debatten setzte sich damit eine Konzeption durch, die das Schwergewicht noch einmal auf die Kooperation und nicht die Konfrontation legte. Stärker als in Jalta kamen aber auch traditionelle antikommunistische und antisowjetische Motive und Argumente zum Ausdruck, ferner das Bestreben, amerikanische Vorstellungen von Demokratie, freien Wahlen und pluralistischen Gesellschaften international mit mehr Nachdruck durchzusetzen und eine Wiederholung des stalinschen Terrors der dreißiger Jahre, dieses Mal möglicherweise nicht nur in der UdSSR, sondern auch in den im sowjetischen Einflußbereich liegenden Ländern, nicht einfach hinzunehmen. Die amerikanische Delegation sollte ferner, wie es hieß, dazu beitragen, die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Großbritannien wieder zu entspannen. Die Stellungnahme der Chiefs of Staff vom 16. Mai 1944 wurde noch einmal ausdrücklich in die Arbeitspapiere für Potsdam mit aufgenommen. Ihr Kernsatz lautete, daß die USA einen eventuellen Krieg mit der UdSSR zwar nicht verlieren, aber auch nicht gewinnen könnten. Die amerikanische Nachkriegspolitik müßte deshalb "die Solidarität der drei Großmächte aufrechtzuerhalten suchen und in aller anderen Hinsicht Bedingungen schaffen, die bezwecken, eine lange Periode des Friedens zu gewährleisten." Es ist dies eines der nicht gerade sehr zahlreichen historischen Dokumente, in denen sich Militärs nachdrücklich für Entspannung, internationale Zusammenarbeit und Frieden engagieren.

Am 25. April 1945 hätte Kriegsminister Henry L. Stimson den gerade zwei Wochen im Amt befindlichen Präsidenten ausführlich über die Entwicklung der Atombombe informiert. In einem dabei überreichten Memorandum hieß es: "Innerhalb von vier Monaten werden wir aller Wahrscheinlichkeit nach die schrecklichste Waffe fertiggestellt haben, die es je in der menschlichen Geschichte gegeben hat." Ihre Entwicklung auch durch andere Staaten sei nur eine Frage der Zeit. Dann werde die Welt einer solchen Bombe ausgeliefert sein. "Mit anderen Worten, die moderne Zivilisation könnte vollständig zerstört werden." Alle im Zusammenhang mit dieser neuen Waffe auftauchenden Probleme würden "eine erstrangige Frage unserer außenpolitischen Beziehungen" werden.
 Aus: Heiner Timmermann: Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997 S. 48-49.

Die politische Linie der KPD in Moskau im Frühjahr 1945

Leonhard, S. 332ff.

In mehreren Schulungsabenden wurden die kommunistischen Funktionäre auf ihre Rückkehr nach Deutschland vorbereitet. Wolfgang Leonhard faßt die von Wilhelm Pieck, Walter Ulbricht, Hermann Matern, Anton Ackermann u. a. gehaltenen Referate zusammen:

Der Sieg über den Hitlerfaschismus sei nicht durch eine innere Erhebung des deutschen Volkes, sondern durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition errungen worden. Während in den von Hitler okkupierten Ländern mehr oder minder starke Widerstandsbewegungen einen aktiven Kampf geführt hätten, sei dies in Deutschland nicht der Fall gewesen. Das deutsche Volk habe sich, objektiv gesehen, an den Verbrechen Hitler-Deutschlands mit schuldig gemacht. Daraus ergäbe sich nun als logische Konsequenz die Besetzung Deutschlands durch die Mächte der Anti-Hitler-Koalition.

Die antifaschistisch-demokratischen Kräfte hätten die Aufgabe, die Tätigkeit der Besatzungsmächte im Kampf für die Vernichtung des Nazismus und Militarismus, für die Umerziehung des deutschen Volkes und für die Durchführung demokratischer Reformen zu unterstützen. Das Unterpfand des Sieges über Hitler sei die Einheit der Anti-Hitler-Koalition, in erster Linie getragen durch die USA, Großbritannien und die Sowjetunion.

Die Nazis würden zweifellos versuchen, die Einheit der drei Großmächte zu unterminieren und zwischen ihnen Mißtrauen zu säen. Gegen solche Versuche müßte rücksichtslos vorgegangen werden. (...).

Die Ansprüche der von Hitler unterdrückten Völker seien durchaus berechtigt. Man müsse den Mut haben, die Tatsachen nüchtern zu betrachten. Nach allem, was geschehen sei, müßten die mißhandelten und unterdrückten Völker Garantien gegen eine Wiederholung solcher Greuel fordern.

Es sei daher die Aufgabe der deutschen Antifaschisten und Demokraten, für die von den unterdrückten Völkern geforderten Grenzen, einschließlich der Oder-Neiße-Linie, sowie für die von ihnen geforderten Reparationen einzutreten und diese als Ehrenschild des deutschen Volkes zu betrachten.

Die Besatzungsmächte kämen nach Deutschland, um den Faschismus und Militarismus auszurotten und die notwendigen Maßnahmen für eine demokratische Wiedergeburt des deutschen Volkes zu treffen. Die zukünftigen Maßnahmen der Besatzungsmächte seien im einzelnen noch nicht bekannt, aber man könne mit Sicherheit annehmen, dass neben der Aburteilung der Kriegsverbrecher auch Massnahmen gegen den Monopolkapitalismus und eine Boden- und Schulreform geplant seien.

Es käme darauf an, unter peinlichster Beachtung der alliierten Vorschriften bei diesen Reformen aktiv mitzuarbeiten und für ihre konsequente Durchführung zu sorgen. Die Bodenreform werde eine der bedeutendsten Aufgaben sein, die wir in Deutschland durchzuführen hätten, aber sie könne frühestens Anfang 1946 beginnen. In diesem Sommer dürften keinerlei strukturelle Veränderungen in der Landwirtschaft durchgeführt werden, da sie die Versorgung der Bevölkerung gefährden könnten. Im Sommer 1945 sei alles zu tun, um die Einbringung der Ernte zu gewährleisten und eine Hungerkatastrophe zu verhindern.

Sobald deutsche Organisationen zugelassen würden, wäre es angebracht, eine breite antifaschistisch-demokratische Massenorganisation unter dem Namen „Block der kämpferischen Demokratie“ zu schaffen. Dies war die politische Linie, die wir im Frühjahr 1945 auf diesem letzten Lehrgang vor unserer Abfahrt nach Deutschland erhielten...

Aus: Geschichte in Quellen. Die Welt seit 1945, S. 68f.

Erklärung zur Machtübernahme der Alliierten in Deutschland, 5. Juni 1945, Brandl, S. 320f.

Wortlaut der Präambel der Berliner Viermächteerklärung.

(...).

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und des Vereinigten Königreichs und die Provisorische Regierung der Französischen Republik übernehmen hiermit die höchste Autorität hinsichtlich Deutschlands, einschließlich aller Machtvollkommenheiten, die der deutschen Regierung, dem Oberkommando der Wehrmacht und allen staatlichen, städtischen oder örtlichen Regierungen oder Behörden zustehen. Die Übernahme zu den vorstehend genannten Zwecken, der besagten Autorität und Machtvollkommenheiten bewirkt nicht die Annektierung Deutschlands.

Die Regierungen der Vereinigten Staaten von Amerika, der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken und des Vereinigten Königreichs und die Provisorische Regierung der Französischen Republik werden später die Grenzen Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Teiles Deutschlands und die rechtliche Stellung Deutschlands oder irgendeines Gebietes, das gegenwärtig einen Teil deutschen Gebietes bildet, festlegen.

Kraft der höchsten Autorität und der Machtvollkommenheiten, die die vier Regierungen auf diese Weise übernommen haben, verkünden die Alliierten Vertreter die folgenden Forderungen, die sich aus der vollständigen Niederlage und der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands ergeben, und denen Deutschland nachzukommen verpflichtet ist.

Aus: Geschichte in Quellen. Die Welt seit 1945, S. 71f.

Churchills Wort vom „Eisernen Vorhang“

Churchill I, Bd. VI, 2, S. 261 ff., Aus einem Telegramm an Präsident Truman vom 12. V. 1945.

1 Die Lage in Europa beunruhigt mich zutiefst. Ich erfahre, daß die Hälfte der in Europa stehenden amerikanischen Fliegerkräfte bereits die Verlegung nach dem Fernen Osten eingeleitet hat. Die Zeitungen sind voll von Nachrichten über den massiven Abzug der amerikanischen Armeen aus Europa hinaus. Auch unsere Armeen dürften auf Grund früherer Beschlüsse wesentlich reduziert werden. Die kanadische Armee zieht bestimmt ab. Die Franzosen sind schwach und schwer zu behandeln. Es liegt offen zutage, daß unsere bewaffnete Macht auf dem europäischen Kontinent binnen kurzem dahin-schwinden wird und dort nur noch bescheidene Kräfte zur Niederhaltung Deutschlands verbleiben.

2. Was aber soll dann in bezug auf Rußland geschehen? Ich habe mich stets um die Freundschaft der Russen bemüht; aber ihre falsche Auslegung der Jalta-Beschlüsse, ihre Haltung gegen Polen, ihr überwältigender Einfluß auf dem Balkan bis hinunter nach Griechenland, die uns von ihnen in Wien bereiteten Schwierigkeiten, die Verkoppelung ihrer Macht mit der Besetzung und Kontrolle so ungeheurer und weiter Gebiete, die von ihnen inspirierte, kommunistische Taktik in so vielen anderen Ländern und vor allem ihre Fähigkeit, lange Zeit große Armeen im Felde stehen zu lassen, beunruhigen mich ebensowohl wie Sie. Wie wird sich die Lage in ein bis zwei Jahren darstellen, wenn die britischen und amerikanischen Armeen nicht mehr existieren und die Franzosen noch keine beachtliche Armee aufgestellt haben, so daß wir nur über eine Handvoll Divisionen, davon die Mehrzahl französischer, verfügen, während Rußland zwei- bis dreihundert unter den Fahnen hält?

3. Ein eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht. Es ist kaum zu bezweifeln, daß der gesamte Raum östlich der Linie Lübeck–Triest–Korfu schon binnen kurzem völlig in ihrer Hand sein wird. Zu all dem kommen noch die weiten Gebiete, die die amerikanischen Armeen zwischen Eisenach und der Elbe erobert haben, die aber, wie ich annehmen muß, nach der Räumung durch Ihre Truppen in ein paar Wochen gleichfalls der russischen Machtsphäre einverleibt sein werden. General Eisenhower wird alle nur möglichen Maßnahmen treffen müssen, um eine zweite Massenflucht der Deutschen nach Westen zu verhindern, wenn dieser enorme moskowitzische Vormarsch ins Herz Europas erfolgt. Und dann wird der Vorhang von neuem bis auf einen schmalen Spalt, wenn nicht gänzlich niedergehen. Damit werden uns russisch besetzte Territorien von vielen hundert Kilometern Tiefe wie ein breites Band von Polen abschneiden.

4. Die Aufmerksamkeit unserer Völker aber wird sich mit der Bestrafung Deutschlands, das ohnehin ruiniert und ohnmächtig darniederliegt, beschäftigen, so daß die Russen, falls es ihnen beliebt, innerhalb sehr kurzer Zeit bis an die Küsten der Nordsee und des Atlantik vormarschieren können.

5. Es ist unbedingt lebenswichtig, zu einer Verständigung mit Rußland zu kommen, beziehungsweise zu sehen, wo wir mit Rußland stehen, und das sofort, ehe wir unsere Armeen bis zur Ohnmacht schwächen und uns auf unsere Besatzungszonen zurückziehen ...

Aus: Geschichte in Quellen. Weltkriege und Revolutionen 1914-1945, S. 574f.

Literaturangaben:

Timmermann, Heiner (Hrsg): Potsdam 1945. Konzept, Taktik, Irrtum?, Berlin 1997.

Müller, Manfred: Die USA in Potsdam. Die Deutschlandpolitik der USA auf der Potsdamer Konferenz der Grossen Drei, Berlin 1996.

Antoni, Michael: Das Potsdamer Abkommen – Trauma oder Chance?, Berlin 1985. Mee, Charles L.: Die Potsdamer Konferenz 1945. Die Teilung der Beute, München 1977.

Görtemaker, Manfred: Zwischen Krieg und Frieden – Die Potsdamer Konferenz 1945, aus Politik und Zeitgeschichte – Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ (28/95).

Quellennachweis:

Schmid, H. D.: Fragen an die Geschichte. Das 20. Jahrhundert. Berlin 1999.

Mütter, Bernd Dr. Prof. u.a. (Hrsg): Geschichtsbuch – Neue Auflage. Die Menschen und ihre Geschichte in Darstellungen und Dokumenten, Bd. 4, Berlin 1996.

Krause, Helmut; Reif, Karlheinz: Geschichte in Quellen. Die Welt seit 1945, München 1980.

Schönbrunn, Günter: Geschichte in Quellen. Weltkriege und Revolutionen 1914-1945, München 1970.